

# AKTUELLE POST

aus dem Kreistag (7)



22. Juni 2012

Liebe Genossinnen und Genossen!  
Liebe Freundinnen und Freunde!

Am 20. Juni fand die letzte Kreistagssitzung vor der Sommerpause statt. Es lag eine sehr lange Tagesordnung vor. Zu vielen Punkten haben wir uns eingeschaltet. Großen Raum nahmen der Schutzschirm und der Haushalt 2013 ein. Auch einige Highlights möchten wir euch nicht vorenthalten. Deswegen wird das ein etwas längerer Bericht.

## **Abschiebungen**

Der Büdinger Bürgermeister Spamer stellte kurzfristig einen Dringlichkeitsantrag gegen die Abschiebung einer Roma Familie. Die lebt seit mehr als 20 Jahren hier und man hatte ihnen ihre Pässe weggenommen. Die SPD wollte diesen Punkt nicht auf der Tagesordnung sehen. Im Ältestenrat wurde erst mal gesagt: die Familie hat ihre Pässe zurück und die Dringlichkeit sei nicht mehr gegeben. Der Fall sei beim Petitionsausschuss und in dieser Zeit würde sowieso niemand abgeschoben. Spamer wollte dann seinen Antrag – eine Resolution des Kreistages gegen die Abschiebung – auf die Tagesordnung des nächsten Kreistages setzen. Jetzt wurde klar, dass weder die SPD noch die FDP nochmal eine Resolution verabschieden möchten, wie im Fall Sogmanian. Sie seien nicht zuständig, sondern die Gerichte seien zuständig und es gäbe Gesetze. Man könne nicht jeden Fall im Kreistag behandeln. Die Grünen äußerten sich nicht.

Wir sagten dazu:

Wir sind befremdet, dass sie sich mit Unzuständigkeit aus der Affaire ziehen wollen. Ja, es gibt Gesetze. Diese Gesetze führen regelmäßig zu unmenschlichen Härten. Solange das so ist, muss man politisch deutlich machen, was faul ist. Auch beim Fall Sogmanian wurde nach Recht entschieden. Jetzt sieht es so aus, dass die

Abschiebung rückgängig gemacht wird. Dazu hat auch der Kreistag beigetragen, dass Recht nicht zu Unrecht wurde.

## **Kommunaler Schutzschirm**

### **und Erhöhung der Kreisumlage auf den Höchstsatz von 58%**

Sicher habt ihr in den letzten Wochen in der Presse gelesen, dass der Landrat oder die SPD den Schutzschirm für Kommunen ablehnen oder kritisieren.

Davon war auf der Kreistagssitzung so gut wie nichts zu merken.

Lediglich der Landrat äußerte sich etwas kritisch. Weder die SPD noch die Grünen äußerten Kritik. Sie lobten gemeinsam mit der FDP und der CDU die historische Chance, die der Schutzschirm für die Kommunen sei.

Eigentlich sollte nur beschlossen werden, dass der Wetteraukreis Verhandlungen mit dem Land Hessen aufnimmt. Doch die Debatte brachte klar zum Ausdruck: Es ging um eine Richtungsentscheidung für den Schutzschirm. Alle wollen ihn annehmen – egal wie die Verhandlungen ausgehen.

Wir haben sowohl den Plan, unter den Schutzschirm zu gehen als auch die Erhöhung der Kreisumlage abgelehnt. Unsere Rede findet ihr bald auf der homepage ([die-linke-wetterau.de/Kreistagsseiten/Reden](http://die-linke-wetterau.de/Kreistagsseiten/Reden))

Einige inhaltlichen Punkte wollen wir hier aber dennoch aufführen, damit ihr nachvollziehen könnt, um was da debattiert wurde.

Wir kritisierten, dass das Land erst 344 Millionen beim Kommunalen Finanzausgleich abgebaut hat (und zwar jährlich 2011 und 2012). Jetzt kommt es mit einem Schutzschirm an, der weder Schutz noch Schirm ist. Denn er entlastet die Kommunen nicht nachhaltig. Der Schutzschirm knebelt die Kommunen.

Zu eurer Info:

Es werden etwas über 40% der Schulden vom Land Hessen übernommen und nicht die Zinsen – die werden nur teilweise abgemildert. Der Beitritt zum Schutzschirm ist an massive Kürzungen gebunden. Da 95% der Kreisausgaben Pflichtaufgaben sind, werden die restlichen 5% in der nächsten Zeit draufgehen. Das sind dann: Zuschüsse an Frauenprojekte, Musikschule, Jugendsport, Mittagessen für arme Kinder, usf.

Es sollen die Personalkosten gedeckelt werden und es wird auch über Personalabbau nachgedacht. Gebühren werden heraufgesetzt und die Grundsteuern. Kreiseigentum soll verkauft werden. Und wenn das alles nicht hilft – und es hilft alles nicht – dann werden Leistungen des Kreises zurückgefahren oder ganz eingestellt.

Pro Jahr und Einwohner soll der Wetteraukreis 100 Euro einsparen. Und das 30 Jahre lang – so lange laufen die Schutzschirm-Verpflichtungen. Wir haben 300 000 Einwohner: das wären 30 Millionen jährlich. Jede/r Kreistagsabgeordnete weiß, dass das nicht geht. Sie haben versucht für den Haushalt 2012/13 „nur“ 17,5 Millionen einzusparen und das haben sie nicht geschafft.

Der Finanzrahmen der Kommunen muss sich verbessern!

Es ist aber keine angemessene Finanzausstattung mit Steuermitteln angedacht. Die Schutzschirm-Logik ist die: Einnahmen werden durch höhere Gebühren herein geholt und der Rest wird gekürzt, (wie oben aufgeführt).

Doch die Kommunen, die wirklich total pleite sind, können gar nicht unter den Schutzschirm. Gedern zum Beispiel. Dort können keine 100 Euro pro Person jährlich eingespart werden, auch keine 50. Also können sie auch nicht unter den Kommunalen Schutzschirm – ist doch logisch, oder?

Zu dieser Logik passt, dass der Regierungspräsident den Kreishaushalt 2013 nur genehmigen will, wenn die Kreis- und Schulumlage um 2% auf den Höchstsatz von 58% erhöht wird. Das zahlen die Städte und Gemeinden an den Kreis. Dann hat der Kreis mehr Geld. Die Städte und Gemeinden haben noch weniger.

Darüber haben sich in der Kreistagssitzung vor allem die CDU-Bürgermeister aufgeregt. Wahrscheinlich sind die in einer anderen CDU als ihre Landtagsabgeordneten, die diesen Schutzschirm erfunden haben. Die SPD Bürgermeister/innen haben sich nicht beklagt. Die Grünen betonten, dass es ein Erfolg sei, dass die Kreisumlage nicht 2012 erhöht wurde, sondern erst 2013. Wir haben deutlich gemacht: die Erhöhung der Kreisumlage folgt dem alten Schema, sich in Demut den Sachzwängen der Landesregierung zu unterwerfen – zu Lasten der Beschäftigten beim Wetteraukreis und zu Lasten der Bürger/innen.

Alle wortgewandten Forderungen von Kreispolitikern in der Presse nach einer anderen kommunalen Finanzordnung sind hinfällig, wenn man dann zum Schluss doch wieder ohne Murren zustimmt. Warum protestieren sie nicht mal? Warum sagen sie nicht mal NEIN? Wie viel mehr Handlungsfähigkeit haben sie eigentlich, nachdem sie die Forderungen des Regierungspräsidiums erfüllt haben? Doch keine. Sie können so und so nichts mehr souverän entscheiden.

Natürlich wurde sowohl die Kreisumlage erhöht als auch die Richtungsentscheidung für den Schutzschirm gefällt – gegen unsere Stimmen.

### **Und zuletzt noch ein Piraten-Schmankerl.**

Der Abgeordnete Flindt von den Piraten sprach auch in der Debatte um den Schutzschirm. Er sagte: Jetzt müsse endlich mit dem Sparen angefangen werden. Am besten sei, wenn man alle Luxuseinrichtungen schließe, wie zum Beispiel Schwimmbäder. Es müsse eben alles auf den Prüfstand.

### **Unser Antrag zur Nassauischen Heimstätte**

Wir wollten, dass sich der Kreis - als kleiner Anteilseigner – gegen den Verkauf der Nassauischen Heimstätte positioniert. Wir sagten:

„Bisher unbestätigt sind Ankündigungen aus dem Finanzministerium, dass ein Verkauf der Landesanteile der Nassauischen Heimstätte vom Tisch sei. Das ist zu hoffen. Es gab dazu zahlreiche Proteste und viele Unterschriften wurden gesammelt.

Trotz der vielleicht positiven Aussicht halten wir unseren Antrag aufrecht:

Noch ist der Verkauf nicht sicher vom Tisch!

Wir möchten, dass der Wetteraukreis – als kleiner Anteilseigner – deutlich macht, wie wichtig sozialer Wohnraum ist.

Die Landesregierung argumentierte: sozialer Wohnungsbau sei keine Kernaufgabe des Landes. Wir möchten, dass deutlich gesagt wird: sozialer Wohnraum ist eine Kernaufgabe des Landes. Darauf legt der Wetteraukreis vor dem Hintergrund steigender Armut wert!“

Der Antrag wurde in einen Ausschuss überwiesen. Wir haben uns dagegen gewehrt, denn wenn er die Verkaufsentscheidung beeinflussen soll, muss er jetzt gefasst werden. Der Ausschuss ist also sein Begräbnis.

### **Unser Antrag zur Leichten Sprache in der Kreisverwaltung und Politik**

Wir begründeten unseren Antrag wie folgt:

„Leichte Sprache oder Einfache Sprache ist ein feststehender Begriff.

Damit wird eine besonders leicht verständliche sprachliche Ausdrucksweise bezeichnet. Ziel der Leichten Sprache ist es, komplexe Sachzusammenhänge einfach und verständlich darzustellen.

Einfache, klare Sätze und ein übersichtliches Schriftbild zeichnet Leichte Sprache aus.

Leichte Sprache wurde entwickelt, um Barrierefreiheit zu schaffen -

was im Hinblick auf die UN-Behindertenrechtskonvention ja sinnvoll wäre.

„Sag es einfach!“ Das erleichtert aber nicht nur behinderten Menschen den Kontakt zu Behörden und Verwaltungen.

Jeder kann leichte Texte besser verstehen als das übliche Amtsdeutsch.

In den letzten Jahren haben sich zahlreiche öffentliche Einrichtungen entschieden, ihren Schriftverkehr auf leichte Sprache umzustellen.

Das ist nicht ganz einfach:

Einmal muss die Rechtssicherheit gewährleistet sein und zum Anderen müssen Mitarbeiter/innen lernen, in Leichter Sprache zu kommunizieren.

Wir haben in unserer Antragsbegründung auf Regelwerke und Leitfäden zum Umgang mit Leichter Sprache hingewiesen.

Diese Regelwerke könnten vom Wetteraukreis genutzt werden, um eine Umstellung zu bewerkstelligen.“

Der Antrag wurde in den Sozialausschuss überwiesen. Dem konnten wir zustimmen.

Wir werden ihn dort noch unterfüttern.

## **Anfrage Jobcenter**

Zum Jobcenter wurden unsere neusten Fragen beantwortet. Ihr findet die Anfrage demnächst auf der homepage. Doch in den nächsten Tagen werden wir sie auch per mail verschicken.

## **Gebührensatzung bei der U3 Kindertagespflege**

Zur Erklärung:

U3 Kindertagespflege ist was anderes als U3 Kinderbetreuung in Kindertagesstätten. Kindertagespflege wird von Tagesmüttern (-vätern) als Privatunternehmen betrieben. Sie machen das als selbständige Unternehmer/innen.

Sicher wisst ihr, dass ab 2013 ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung unter 3 Jahren besteht. Dafür müssen jetzt Plätze geschaffen werden. Für 35% der Kinder müssen 2013 Plätze zur Verfügung stehen. 8% will der Wetteraukreis mit Tagesmüttern (-vätern) abdecken und 27% mit Plätzen in der öffentlichen Kita.

Es geht also nur darum, was die Eltern für die Betreuung bei einer Tagesmutter bezahlen müssen.

Die Regierungskoalition SPD/Grüne/FDP hat eine Tabelle erstellt, die die Gebühren nach Einkommen staffelt. Früher zahlten alle Eltern dasselbe für die Betreuung. Wir kritisierten im Sozialausschuss den ersten Entwurf, weil die Staffelung bei 55 000 Euro Bruttoeinkommen aufhörte und die kleinen Einkommen mehr belastete. Sie haben nun eine neue Tabelle vorgelegt, die bis 20 000 Euro gebührenfrei ist und dann bis 75 000 Euro staffelt.

Wir haben zugestimmt. Zwar wollen wir keine private Lösung bei der Kinderbetreuung. Zwar wollen wir eigentlich eine kostenfreie Kinderbetreuung. Doch die Staffelung geht schon mal in die richtige Richtung. Wir kritisierten aber, dass Einkommen über 75 000 Euro keinen höheren Betrag mehr zahlen müssen. Ab 75 000 ist die Tabelle gedeckelt. Das entspricht nicht unseren Vorstellungen einer Solidargemeinschaft. Da zahlen nämlich die Gutverdiener den gleichen prozentualen Anteil am Bruttoeinkommen und gleichen damit die Vergünstigungen für die Niedrigverdiener aus.

## **Und zuletzt noch ein CDU-Schmankerl.**

Der Abgeordnete von Masow begründete, warum die CDU der sozialen Staffelung nicht zustimmen wird. Er sagte: Dass besser Verdienende mehr zahlen müssten ist höchst ungerecht und sozial gar nicht ausgewogen. Außerdem verstößt es gegen den Datenschutz, wenn man sein Einkommen angeben muss.

## **Unser Antrag zur Wirtschaftsförderung**

Darüber hatten wir schon letztes Mal berichtet. Hier unsere Rede:

„Die Aufnahme neuer Gesellschafter und die Änderung des Gesellschaftsvertrages nehmen wir zum Anlass zu fordern, dass auch der Teilhaushalt 15000 ‚Wirtschaftsförderung Wetterau GmbH‘ an der Konsolidierung des Wetteraukreises beteiligt werden muss.

Deshalb beantragt *DIE LINKE.*, den jährlichen Zuschuss an die Wirtschaftsförderung Wetterau GmbH von 50 000 Euro auf 25 000 Euro zu senken und zwar dauerhaft. Durch den neu eingeführten §10 im Gesellschaftsvertrag, Absatz 1, Ziffer ‚o‘ wird der Gesellschaftsversammlung zudem das Recht verliehen, zukünftig die Höhe der Zuschüsse, die der Wetteraukreis jährlich zu zahlen hat, selbst festzulegen.

Die Fraktion *DIE LINKE.* fordert deshalb, den § 10 Absatz o) durch einen weiteren Satz zu ergänzen: *„Zuschüsse des Wetteraukreises an die Wirtschaftsförderung Wetterau GmbH, die den Betrag von € 25000 überschreiten, bedürfen zwingend der Zustimmung durch den Kreistag des Wetteraukreises.“*

Ohne diese Ergänzung werden bisherige freiwillige Leistungen des Wetteraukreises de facto zu Pflichtleistungen und dies ohne Höhenbegrenzung des Zuschusses. Der Kreistag des Wetteraukreises gibt damit Haushaltsrechte auf.

Dieser Selbstentmachtung des Kreistages wird *DIE LINKE.* nicht zustimmen.“

### **Nazis wollen eine Beobachtungsstelle Inländerdiskriminierung**

Auch mit so einem Quatsch wurden wir belästigt.

Sie stellten auch noch einen zweiten Antrag, dass ein jährlicher Situationsbericht zur Islamisierung erstellt werden soll.

Zum Glück funktioniert das ganz gut, dass niemand für die Nazi-Anträge stimmt und auch nicht darüber diskutiert wird.

Viele Grüße von  
Rudi und Gabi